

DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG EUROPAS SEIT 1866*

Von Otto v. Habsburg

In der umfangreichen Literatur, die sich nunmehr seit Jahrzehnten mit der Schlacht von Königgrätz befaßt, ist so ziemlich alles enthalten, was über dieses Ereignis ausgesagt werden kann. Unter den vielen anregenden Bemerkungen trifft allerdings eine Äußerung Heinrich von Srbiks den Kern der Sache am besten. Die Schlacht von Königgrätz, so sagt der bekannte Historiker, habe das Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation besiegelt. Dieser Satz ist nicht nur ideologisch aufzufassen, wenngleich sein geistesgeschichtlicher Inhalt zweifellos überwiegt; man muß ihn auch in der politischen Perspektive sehen.

Wenn wir hier von Politik und Weltpolitik sprechen, soll dieser Begriff im höchsten Sinne des Wortes verstanden werden. Er ist das Wissen vom Leben der Gemeinschaft als Ganzes, nicht nur ein Begriff, der sich mit Teilen derselben, mit Parteien, befaßt.

Weltpolitisch gesehen ist demnach Königgrätz darum ein entscheidender Wendepunkt, weil die Schlacht nicht nur die Seele des Abendlandes, das Heilige Reich, zerstörte, sondern weil sie auch dem alten Gleichgewicht, der traditionellen Struktur des Erdteiles ein Ende setzte. Die Neuordnung schwächte die wichtigsten Verteidigungsstellungen Europas gerade in dem Augenblick, als diese am notwendigsten gebraucht worden wären.

Die Geschichte unseres Erdteiles weist auf eine Eigenart des deutschen Raumes hin. Dieser war ohne natürliche Grenzen, ein Reich der Mitte, das nach Ost wie nach West langsam in die benachbarten Länder überging. Es gab somit breite Gebiete der Osmose, in denen die verschiedenen Sprachen- und Rassengruppen, die Europa bilden, vermischt und in Symbiose lebten. Wir sehen dies besonders deutlich im Westen, wo durch Jahrhunderte das Regnum Lotharii, das alte Burgund und das Mosaik der Herrschaften in Elsaß, in der Franche Comté und in den Niederlanden, eine dauernde Koexistenz zwischen französischen und deutschen Elementen hervorrief. Der König von Frankreich hatte genau so seine „sujets allemands“ wie der Kaiser französisch-sprachige Untertanen. Diese Elemente wurden zu jenen naturgegebenen Brücken, wie insbesondere das Herzogtum Burgund im 15. und 16. Jahrhundert, die nach den unvermeidlichen Kriegen immer wieder erlaubten, den Frieden wiederherzustellen und allzu scharfe Vorstöße der einen wie der anderen Seite abzufangen.

Im Osten war das kulturelle Gefälle etwas ausgeprägter; trotzdem hat

* Vortrag, der am 18. Juni 1966 in München bei einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Erzieher gehalten wurde.

es auch dort eine echte Vermischung der Völker gegeben. Dies drückte sich in der deutschen Kolonisation aus, die wohl im Baltikum manchmal den Charakter militärischer Eroberung trug, während sie in der Mitte und weiter südlich ausgesprochen friedliche Züge aufwies. Dort, wo es sich nicht um urdeutschen Boden handelte, sind die Deutschen auf Einladung der Völker selbst erschienen, um diesen ihr Wissen und ihre technischen Errungenschaften zu bringen, bzw. um nach verheerenden Kriegen, wie sie den Donauraum während der Türkenzeit heimgesucht hatten, verödete Landschaften neu zu bevölkern und fruchtbar zu machen.

Dieser Mangel einer klar umschriebenen Grenze erlaubte es den deutschen Stämmen, als Reichsvolk aufzutreten. Es hatte damit die Funktion einer Mitte übernommen, die nicht nur in ost-westlicher Richtung, sondern vielfach auch auf der nord-südlichen Achse wirksam wurde.

In dieser weltpolitisch bedeutsamen Aufgabe des deutschen Raumes war die Verbindung zwischen ihm und dem Donaureich wesentlich für beide Seiten. Das Donaubecken war ja seit langem von einem Völkergemisch besiedelt, in dem sich slawische, magyarische und deutsche Elemente mehr oder weniger das Gleichgewicht hielten. Dank dieser, man könnte sagen, wohl ausgewogenen Vielfalt konnte das Donaureich seine historische Mission erfüllen. Dazu war es allein niemals mächtig genug. Insbesondere zu einer Zeit, da der Druck aus dem Osten wuchs, brauchte daher der Donauraum lebenswichtig die Unterstützung des Reiches. Ohne einen Rückhalt in Deutschland hätte er über kurz oder lang dem Ansturm erliegen müssen, bzw. nach der Besetzung durch fremde Mächte nicht mehr befreit werden können. Die feste, organische Anlehnung im Westen war somit die sicherste Garantie Mitteleuropas gegen die Balkanisierung. Gerade die zeitgenössische Entwicklung zeigt uns die Wahrheit dieses geopolitischen Axioms. Mit größter Anschaulichkeit tritt uns dies in der Geschichte der Abwehr der großen Nomaden-Einbrüche aus dem Osten und in der ruhmreichsten Epoche der altösterreichischen Geschichte, der Zeit der Türkenkriege, entgegen. Der große Hunnenzug, der die kleinen Völkerschaften Mitteleuropas überrannte und ihre Reiche bis an den Rhein zerstörte, wurde erst durch das Zusammenwirken der süd- und westeuropäischen Völker auf den Katalaunischen Gefilden aufgefangen. Die Awaren blieben jahrzehntelang eine Geißel für die Völker des Donauraumes, bis Karl der Große, gestützt auf die Kräfte des Frankenreiches, der ersten Ausprägung europäischen Gemeinschaftswillens, diesen Druck von Mitteleuropa nahm.

Die Macht der Türken brach sich zweimal vor Wien. Das erstemal, 1529, war es Österreich allein, das den Stoß abwehrte. 1683 fanden sich zum Entsatz der belagerten Stadt, die dem riesigen Türkenheer gegenüber den ganzen Sommer aus eigener Kraft Widerstand geleistet hatte, Kriegsvölker aus dem Reich, aus Böhmen und Österreich, sowie das Hilfskorps der Polen zusammen. Mit dem Beistand des deutschen Reiches wurde Ungarn von den Türken befreit. Andererseits deckten die Völker des Donauraumes die Südostflanke Deutschlands.

Der Donaauraum ist nämlich, historisch gesprochen, im wahrsten Sinne des Wortes die Festung Europas. Seine Gebirgszüge, die Karpaten, die Sudeten, die Alpen, beherrschen weitgehend die traditionellen Einfallstraßen. Wer Siebenbürgen in der Hand hat, kann einen Vormarsch auf den Balkan und bis zu den Meerengen des Bosphorus und der Dardanellen abwehren. Die Siebenbürgischen Alpen überdachen den engen rumänischen Küstenstreifen, der sie vom Schwarzen Meere trennt. Im 19. Jahrhundert hat es für Österreich-Ungarn genügt, in Siebenbürgen zu mobilisieren, um die Russen von militärischen Operationen auf der Balkanhalbinsel auch ohne Krieg abzuhalten.

Noch wichtiger aber, in gesamteuropäischer Perspektive, war die Rolle der Sudeten. Wie ein mächtiges Bollwerk flankieren sie im Süden die große Nordeuropäische Ebene, die der einzige brauchbare Weg ist, um Westeuropa aus dem Osten her zu überrennen. Es gibt kein größeres Hindernis zwischen Norddeutschland, den Niederlanden und den französischen Hafenstädten des Ärmelkanals bzw. der atlantischen Küste. Die reiche Ebene mit ihren überaus günstigen Verkehrsbedingungen zieht förmlich die Kräfte an, die die „Halbinsel Asiens“ erobern und beherrschen wollen. Die Straße nach Europa führt daher zwangsläufig zwischen Stettin und den Sudeten hindurch. In weit vergrößertem Ausmaß entsteht hier die gleiche strategische Lage wie gegenüber dem Balkan. Sind die böhmischen Berge in den Händen einer Macht, die dem Angreifer nicht wohlgesonnen ist, dann hat es diese in der Hand, die Verbindungs- und Nachschublinien des letzteren zu bedrohen. Er kann sich daher nicht allzu weit nach Westen vorwagen, wenn er nicht vorher seine südliche Flanke gesichert hat.

So gesehen ist also der Donaauraum nicht nur eine Pufferzone, sondern die europäische Verteidigungsstellung, deren Erhaltung ein eminentes deutsches Interesse ist, die aber andererseits gegenüber einem starken und angriffslustigen Osten einer festen Anlehnung im Westen bedarf. Nur so kann nämlich ein geeinter Donaauraum genügend Kraft haben, um die eigene Bevölkerung und damit den restlichen Erdteil zu schützen.

Der Deutsche Bund faßte die westlichen Länder des Kaisertums Österreich mit denen des alten Deutschen Reiches zu einer staatenbündischen Einheit zusammen. Man hat den Deutschen Bund oft gescholten, und in der Zeit, da die kleindeutsche Schule der Geschichtsschreibung schrankenlos herrschte, gehörte es geradezu zum guten Ton, ihn als ein jämmerliches Gebilde hinzustellen. Seine Konstruktion wurde als die Ausgeburt antideutscher Tücke, die man vor allem Metternich unterschob, geschildert, obwohl Preußen an der Planung und Gründung des Bundes genau so wie Österreich beteiligt war und die vom Wiener Kongreß 1815 beschlossene Bundesakte auf einen gemeinsamen Antrag der beiden deutschen Großmächte zurückging. Von 1815 bis 1848 war der „friedliche Dualismus Österreichs und Preußens“, wie man die Entente der beiden Mächte nannte, die Grundlage der gesamtdeutschen Politik. Zur Zeit des Deutschen Bundes hat Deutschland — in 51 Jahren — einen einzigen auswärtigen Krieg führen müssen, den Feldzug gegen Dänemark zur Wahrung der Rechte Schleswig-Holsteins. Es hat kein deutsches

Gebiet verloren, es hat wirtschaftlich und sozial einen gewaltigen Aufschwung genommen. Auch für die Überwindung der wirtschaftlichen Zerrissenheit Deutschlands waren die Bundesakte kein dauerndes Hindernis. Die ökonomische Integrierung Deutschlands hat sich völlig legal und evolutionär im Rahmen des Bundes vollzogen. Allerdings muß gesagt werden, daß Metternich als österreichischer Politiker versagte, als er ruhig zusah, wie unter preußischer Führung und nicht ohne preußischen Druck der Deutsche Zollverein entstand, der 1834 ins Leben trat, statt daß er versucht hätte, Österreich mindestens zum Teilnehmer der Einigung zu machen. Er lehnte es ab, das Prinzip des geschlossenen Handelsstaates aufzugeben. So entstand im Schoße des Deutschen Bundes ein wirtschaftliches Kleindeutschland. Als dann Metternichs bedeutendster Nachfolger, Fürst Felix Schwarzenberg, um 1850 versuchte, nicht nur die zum Bund gehörenden Länder des Habsburgerreiches in den Zollverein zu führen, sondern diesen bis auf den Balkan auszudehnen, also auch Ungarn, Galizien, Kroatien und das Lombardo-venezianische Königreich in den Zollverein einzubeziehen, widersetzte sich Preußen. Der Kampf Österreichs um den Beitritt bzw. um die Klausel der Verträge, die Österreich den Weg offenhielt, gehört in die Vorgeschichte des Krieges von 1866, er ist vielleicht sogar der bedeutsamste Konfliktstoff zwischen Österreich und Preußen gewesen. Als die preußische Regierung, allerdings gegen den Willen Bismarcks, der als Ministerpräsident von seinem eigenen Kabinett überstimmt wurde, im Jahre 1865 die Klausel strich und Österreich damit wirtschaftlich aus dem Bunde ausschloß, waren die Würfel bereits gefallen. Österreich konnte aus Gründen seiner Selbstachtung und seiner Interessen einen weiteren Schritt in Richtung auf das kleindeutsche Ziel Preußens nicht mehr ohne äußerste Gegenwehr hinnehmen. Zweifellos wäre es, wenn Österreich den Krieg von 1866 gewonnen hätte, die wichtigste Friedensbedingung gewesen, Österreich, und zwar die Gesamtheit der habsburgischen Länder, in den Zollbund aufzunehmen und damit nicht nur die wirtschaftliche Einheit Mitteleuropas zu sichern, sondern mit ihr auch ein Zentrum der europäischen Einigung zu schaffen. Die staatsphilosophische Schule der deutschen Föderalisten, deren bedeutendste Vertreter der norddeutsche Protestant Konstantin Frantz und der bayerische Katholik Josef Edmund Jörg waren, erwartete von einem mitteleuropäischen Staatenbund, daß sich ihm die kleinen Balkanstaaten, die niederländischen Staaten und Dänemark, später auch Frankreich und Italien angeschlossen hätten. Für die westdeutsche Wirtschaft hätte das bedeutet, daß ihr ein großer innerer Markt geöffnet worden wäre, der ihr statt der Richtung nach Übersee, wo das auf dem Kontinent nicht genügend geschützte Deutschland früher oder später in die Händel der Weltpolitik verstrickt werden mußte, die Richtung nach Südosten gewiesen hätte.

So gesehen lag die Tragödie von 1866 in dem Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bund. Eine spätere Geschichtsklitterung hat hier zwei Punkte zu vernebeln versucht, die von entscheidender historischer Bedeutung sind, will man den klaren Blick für die großen Zusammenhänge behalten.

Der Krieg von 1866 war nicht ein Kampf der Konfessionen. Zwar war

Österreich als Vormacht des Katholizismus bekannt, aber die großdeutsche Koalition, die gegen Preußen angetreten ist, war keineswegs auf die katholischen Staaten beschränkt. Protestantische Länder Mittel- und Norddeutschlands, wie Teile von Thüringen, Sachsen, Württemberg, Hessen und Hannover, standen im österreichischen Lager. Italien andererseits hat entscheidend zum Siege Preußens beigetragen, indem es Österreich zwang, einen Zwei-Fronten-Krieg zu führen. Wieder einmal hatten kleindeutsche Nationalisten ein Bündnis gegen das Reich mit dem Auslande geschlossen. Die Methoden, die Bismarck dabei anwandte, sind kein Ruhmesblatt für ihn und die preußische Politik. Er hatte das Bündnis mit Italien, das ausdrücklich gegen die Wiener Bundesakte verstieß, im geheimen geschlossen, gleichzeitig aber mit Österreich ein öffentliches Abkommen über die Einstellung der beiderseitigen Rüstungen. Als nun Italien zu rüsten begann, sah sich Österreich im Süden bedroht und begann seine in Venetien stehende „Italienische Armee“ auf Kriegsfuß zu setzen. Daraufhin erklärte Bismarck, offenbar gegen besseres Wissen, daß Österreich das Stillhalte-Abkommen gebrochen habe, und bewog mit dieser Begründung den widerstrebenden König Wilhelm, die Mobilmachung der preußischen Armee zu befehlen. Auf Italien wirkte Preußen damals im Sinne einer totalen Kriegsführung gegen Österreich ein, forderte, daß die Italiener die Magyaren und die Südslawen der Monarchie aufwiegelten und mit Waffen versorgen sollten, und krönte diese Propaganda für einen revolutionären Partisanenkrieg mit der berüchtigten, von Italien 1867 veröffentlichten „Stoß ins Herz Depesche“, die zu Beginn des Krieges den Italienern nahelegte, durch einen kühnen Vorstoß mitten ins Herz Österreichs diesem den tödlichen Schlag zu versetzen. Daß Italien den Krieg völkerrechtlich korrekt und nicht als revolutionären Krieg (bis auf Garibaldis Unternehmungen gegen das Trentino) führte, war das Verdienst des italienischen Ministerpräsidenten und Generals La Marmora, eines ritterlichen Soldaten, dem Bismarcks jakobinische Methoden gegen den Strich gingen.

Es standen also in dem Kriege auf der einen Seite Österreich mit seinen rund ein Viertel der Staatsbevölkerung ausmachenden deutschen Bewohnern und die deutschen Mittelstaaten, auf der anderen Seite Preußen und das Königreich Italien.

Diese Tatsache zeigt, daß der Kampf gegen Wien wohl eine preußische, keinesfalls aber eine deutsche Angelegenheit war. Die Mehrheit des Deutschen Bundes stand auf der Seite Österreichs. Noch wichtiger vielleicht ist es, daß praktisch die Deutschen des Donau- und Sudetenraumes fast ausnahmslos Großdeutsche waren, d. h. den österreichischen Staatsgedanken bejahten. Emil Franzel hat in einer jüngst erschienenen tiefeschürfenden Studie bei der Analyse der preußischen Propaganda im Jahre 1866 darauf hingewiesen, daß es Bismarck, dem an der Zersetzung seines Gegners vor Königgrätz lag, nicht eingefallen ist, die deutschen Völker Habsburgs gegen die Krone aufzurufen. Er wußte, daß dies ein vergebliches Beginnen wäre. Seine Proklamationen und Versprechen richteten sich demzufolge ausschließlich an die nichtdeutschen Nationalitäten der Habsburger Monarchie, insbesondere

an die Tschechen und an die Magyaren. Diese allein versuchte er an die Seite Preußens zu ziehen, allerdings auch hier ohne namhaften Erfolg.

Der Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bunde hat dem Donaauraum gerade in dem Augenblick seine westliche Verankerung geraubt, als sich der ernsteste Ansturm aus dem Osten abzuzeichnen begann. Wäre der Deutsche Bund weiter unter der Führung Österreichs verblieben, wäre es wahrscheinlich niemals dazu gekommen, daß der seines Gleichgewichtes beraubte Donaauraum, die Rettung in einer politischen Fehlkonstruktion, wie es der Dualismus zweifelsohne war, gesucht hätte.

Mit Recht ist die Reorganisation der Habsburger-Monarchie durch den Ausgleich von 1867 kritisiert worden. Was geschaffen wurde, konnte nicht bestehen. Allerdings übersieht man nur zu oft, daß die Handlungen, die gesetzt wurden, unter dem schwersten Druck historischer Ereignisse stattfanden. Sie waren vor allem der Versuch, ein verlorengegangenes geschichtliches Gleichgewicht mit Zufallsmitteln wieder herzustellen. Man könnte die Lösung des Dualismus mit den verzweifelten Anstrengungen eines Piloten vergleichen, sein Flugzeug, trotz des Verlustes eines Flügels, noch irgendwie, ohne zu großen Schaden, zu landen. Es ist klar, daß dies nicht möglich ist; andererseits muß in einer solch aussichtslosen Situation alles unternommen werden, um vielleicht doch noch irgendwie, und sei es durch den Glauben an ein Wunder, das Leben der Passagiere zu retten.

Für die Deutschen im Donaauraum im besonderen war die Schlacht von Königgrätz der Ausgangspunkt der großen Tragödie. Als Minderheit in den meisten Ländern, war ihr Bestand nur so lange gesichert, als sie in einer übernationalen Gemeinschaft lebten, wie sie das Heilige Reich und Österreich waren. Dadurch, daß der Nationalismus durch Preußen in Deutschland zum Siege gelangte, war es seit 1866 wahrscheinlich geworden, daß früher oder später die übernationale Ordnung im Donaauraum, die ohne ihre westliche Rückendeckung geblieben war, ebenfalls zusammenbrechen mußte. War aber einmal der Nationalismus in Böhmen und im Karpatenbecken siegreich, dann mußten die Deutschen gewärtig sein, nicht nur als rechtlose Minderheit behandelt zu werden, sondern über kurz oder lang in der Welle des völkischen Wahnes unterzugehen. Denn in den Minderheiten-Statuten, die nach dem Ersten Weltkrieg von den Nachfolgestaaten geschaffen wurden, befand sich bereits der Same der Austreibung, wenngleich er damals noch nicht von allen erkannt wurde.

Der geschwächte Donaauraum war somit nach 1866 nicht mehr befähigt, seine Funktion voll und ganz zu erfüllen. Bismarck und sein König selbst hatten, in Ermangelung des Verständnisses für die großen historischen Zusammenhänge, im Donaauraum Hand angelegt, um die traditionellen Schutzwälle Deutschlands zu zerstören. Der Donaauraum war damit zu einer dauernden Einladung für den Angriff aus Rußland geworden, sobald Petersburg oder Moskau genügend Kraft haben würden, nach Westen vorzustoßen. In diesem Sinne kann man sagen, daß die Kleindeutschen Politiker des 19. Jahrhunderts geistig die Vorfahren Ulbrichts gewesen sind; auch machtpolitisch

führt eine klare Linie von Königgrätz nach Potsdam. Am 3. Juli 1866 hat ein Verhängnis seinen Lauf genommen, das von da ab mit der düsteren Logik eines griechischen Dramas sich fortentwickeln mußte, bis zu dem Punkte, wo man heute schon sagen kann, daß die Hauptleidtragenden der Schlacht von Königgrätz die Bewohner Preußens gewesen sind. Wohl haben die Sudetendeutschen ihre böhmische Heimat verloren. Es ist aber zumindest der Mehrheit der Volksgruppe gelungen, im Exil die persönliche Freiheit zu retten. Das Schicksal der 1866 siegreichen Preußen ist noch grausamer: sie haben im Gefolge ihrer kleindeutschen Politik nicht nur die Heimat, sondern auch die Freiheit eingebüßt und müssen heute auf dem eigenen Boden als rechtlose Sklaven leben.

In Bismarcks Haltung gegenüber Österreich kann man allerdings drei verschiedene Phasen feststellen. In seinen jüngeren Jahren war er ein überzeugter Anhänger des Zusammengehens mit Österreich, weil er in dem Bündnis der beiden Mächte die einzig sichere Garantie der Erhaltung des konservativen Altpreußen sah. Als Preußen im Dezember 1850, dem österreichischen und russischen Druck weichend, das Abkommen von Olmütz unterzeichnete, womit es seine kleindeutschen Pläne zunächst begraben hatte, und in den Frankfurter Bundestag zurückkehrte, sah sich die Krone und das Ministerium heftigsten Angriffen von seiten der demokratischen und national liberalen Parteien ausgesetzt, die das Schlagwort von der „Schmach von Olmütz“ ausgruben. Der einzige konservative Abgeordnete, der es wagte, in offener Kammersitzung die Politik von Olmütz zu verteidigen, und in der herausforderndsten Weise zu erklären, die Schmach sei es, vor der schwarzrotgoldenen Demokratie zu kapitulieren, war der Junker von Bismarck. Als er bald darauf von König Friedrich Wilhelm IV. auf Betreiben der Brüder Gerlach als Bundestagsgesandter nach Frankfurt versetzt wurde, galt Bismarck als unbedingter Befürworter der preußisch-österreichischen Zusammenarbeit. In seiner Frankfurter Zeit aber wandelte er sich zu einem Feind des Habsburgerreiches. 1859 machte er kein Hehl aus seinen Sympathien für Italien und das Frankreich Napoleons III. Er agitierte gegen die Unterstützung Österreichs durch Preußen. Die folgenden Jahre sind mit konspirativen Verhandlungen ausgefüllt, in denen Bismarck die Zusammenarbeit zwischen Napoleon III. und Preußen anzubahnen suchte. Als Ministerpräsident hat Bismarck die Bundesreform, die auf dem Fürstentag zu Frankfurt beschlossen wurde, vereitelt und Österreich, nachdem dieses im Jahre 1864 im Feldzug gegen Dänemark Preußen wertvolle diplomatische und militärische Hilfe gewährt hatte, systematisch einzukreisen und zu demütigen versucht.

Unmittelbar nach der Entscheidung von Königgrätz wird er zum Befürworter eines, wie er meinte, milden Friedens, plädiert für die Erhaltung Österreichs und behauptet später, er habe schon in Nikolsburg das kommende Bündnis mit Österreich ins Auge gefaßt. Tatsächlich kennen wir aus seiner späteren Zeit von ihm eigentlich nur Äußerungen, in denen er die Erhal-

tung der Großmachtstellung Österreichs geradezu als ein Axiom der deutschen Politik verteidigt. Ob er jemals gemerkt hat, daß er dem Donaustaat trotz dem annexionslosen Frieden von Prag mit dem Ausschluß aus dem Deutschen Bund eine nie mehr vernarbte Wunde zugefügt hat, ist nicht bekannt. Jüngere Forschungen — ich denke vor allem an das Buch „Bismarck und die Revolution“ von Professor Rein — lassen es wahrscheinlich erscheinen, daß der große Realpolitiker doch weitgehend von Gefühlen bestimmt war und daß sein Charakter eine stark revolutionäre Komponente erhielt, nicht im ideologischen, sondern im emotionalen Sinne. Rein sieht in ihm einen Spätling der Geistesrichtung des deutschen „Sturm und Drang“, einen Mann, dessen Wesen von Vorbildern wie Beethoven und Lord Byron und den Helden Shakespeares geprägt war. Diese Haltung scheint auf der Höhe seines Lebens, zwischen 1851 und 1866, alles andere verdrängt zu haben. Daher rühren auch seine Sympathien für Napoleon III., den er noch 1871 gern wieder auf den französischen Thron gesetzt hätte, und nicht zuletzt auch seine Einstellung zu Ferdinand Lassalle, einen der wenigen Zeitgenossen, den er uneingeschränkt respektierte und von dem er Rat annahm.

Nach Königgrätz hat Bismarck geäußert, die Schlacht habe die deutsche Uhr auf hundert Jahre richtiggestellt. Hat nicht eher sein Freund Roon recht gehabt, der ihm am Abend der Schlacht, als sie ins Quartier ritten, aufatmend sagte: „Bismarck, heute hat uns der preußische Grenadier noch einmal herausgehaut.“ Noch einmal — denn trotz der glänzenden Siege von 1870 war von nun an Deutschland in steter Gefahr. In seinen letzten Jahren quälte Bismarck „le cauchemar des coalitions“, der Alldruck der Koalitionen. Er starb in der Angst um sein Werk. 1918 ging das hohenzollernsche Deutschland unter. 1933 kam jener Österreicher Hitler an die Macht, der wie eine Karikatur Bismarcks wirkt; 1945 trat ein, was der Thurn-Taxische Diplomat Gruben, einer der Väter der Entwürfe des Frankfurter Fürstentages, damals in einer Denkschrift sagte: „Ein preußisches Kleindeutschland würde die deutsche Nation als solche unter den großen Nationen auslöschen, ihr das Schicksal Polens bereiten.“

Die Katastrophe, die auf das Deutschtum und mit ihm auf alle Völker Mittel- und Osteuropas ab dem Jahre 1938 hereinbrach, ist somit nicht ein unerwarteter Schicksalsschlag, wie etwa ein Naturereignis, sondern der Endpunkt einer gewaltigen historischen Entwicklung, deren entscheidender Markstein die Schlacht von Königgrätz gewesen ist. Solche Dramen können Gegenstand tieferschürfender historischer Betrachtungen sein, die aber, so sie nicht mit dem heutigen Leben in Verbindung stehen, verhältnismäßig unfruchtbar sind. Die Schlacht von Königgrätz hat der Gegenwart viel zu sagen. Es ist unsere Aufgabe, als Europäer aus dem historischen Geschehen Lehren für unsere Zeit abzuleiten und diese in der praktischen Politik zu verwirklichen. Denn gerade die jüngste Entwicklung zeigt, daß es uns die gegenwärtige Situation ermöglicht, die Fehler, die seinerzeit die Folge kleindeutscher Verblendung waren, gutzumachen und damit ein neues Beginnen in die Wege zu leiten.

Betrachtungen über die Schlacht von Königgrätz müssen von der Tatsache ausgehen, daß sich Fehler in der Geschichte immer über kurz oder lang rächen und daß es daher von entscheidender Wichtigkeit ist, die Gesetze der Politik zu erforschen und nach ihnen zu handeln. Insbesondere ist es aber die Frage des internationalen Gleichgewichtes, die sich immer wieder stellt; jede Störung auf diesem Gebiet hat katastrophale Folgen gehabt.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Lage, wie sie sich vor der Schlacht von Königgrätz darstellte. Durch die Verbindung des österreichischen Kaiserstaates mit dem Deutschen Bund gab es damals im Herzen Europas eine echte Großmacht, die die Brücke zwischen Ost und West bildete, gleichzeitig aber schon im eigenen Interesse darüber wachte, daß über diese Brücke nur ein friedlicher Verkehr möglich sei. Unsere zeitgenössische Geschichtsschreibung zeigt zu wenig, wie sehr noch bis in die Tage von Königgrätz diese deutsche Trias eine politische Realität war. Noch am deutschen Fürstentag von 1863 wäre es durchaus möglich gewesen, das alte Reich in neuer Form aufleben zu lassen. Mehr als zwei Drittel der Deutschen wünschten eine solche Lösung und Bismarck stand damals in seinem Kampfe allein. Hätte sein König dem eigenen Urteil getraut und sich nicht dem eisernen Willen seines Kanzlers gebeugt, wäre dem deutschen Volke wahrscheinlich der furchtbare Leidensweg unseres Jahrhunderts erspart geblieben. Somit bestand am Vorabend des 3. Juli 1866 noch immer eine Kraft der Mitte, die erst dann in Verfall geriet, als der Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bund die Atomisierung Mitteleuropas in die Wege leitete.

Heute befinden wir uns, allerdings unter verschobenen Bedingungen, erneut vor einer Situation, die der Zeit vor Königgrätz gleicht. Der Unterschied besteht hauptsächlich darin, daß, während in der Mitte des 19. Jahrhunderts die weltpolitische Problematik ihr Hauptgewicht innerhalb des europäischen Erdteiles hatte, da die übrigen Erdteile als unabhängig Handelnde nicht zählten, wir heute das gleiche auf interkontinentaler Ebene wiederfinden.

Ein Blick auf die Karte zeigt die Parallele. Vor hundert Jahren gab es ein West- und ein Osteuropa; dazwischen lag Mitteleuropa, dessen Schwächung das Aufeinanderprallen der Großmächte zur Folge haben mußte. Heute ist die Funktion, die damals dem Deutschen Bunde und dem Donaoraume zufiel, auf ganz Europa übergegangen. Dieses befindet sich eingeklemt zwischen Rußland und Amerika, in der Lage Mitteleuropas von 1866. Die Wahl ist wieder, wie im 19. Jahrhundert, zwischen einer großen und einer kleinen Lösung.

Diese Perspektive zeigt die Bedeutung des Augenblickes wie auch den Weg, der gegangen werden muß, um eine aufbauende, dauerhafte Lösung zu erreichen. Allerdings ist es geboten, die alten Realitäten in die Sprache des 20. Jahrhunderts zu übertragen. Die großen technischen Wandlungen haben zur Folge, daß die gleichen Phänomene unter stark gewandelten Formen auftreten, so daß die Erstellung einer historischen Parallele nicht immer leicht ist. Das Reich der Mitte nämlich, das im 19. Jahrhundert klar sichtbar war, besteht heute noch nicht als greifbare politische Gestalt, obwohl seine Kräfte allenthalben fühlbar sind. Außerdem dürfte die Entscheidungsschlacht,

die auf uns zukommt, nicht in der Form einer innereuropäischen Konfrontation stattfinden, sondern darin, ob es uns gelingt oder nicht, gegen den Widerstand der Kleineuropäer eine große Lösung durchzusetzen, bevor es zu spät ist.

Die Zeit drängt. Wir sind in den letzten Jahren einer Entwicklung, die sichtbar mit dem Vertrag von Jalta begann und die sich nunmehr ihrem logischen Ende nähert. Der Kalte Krieg war der politische Ausdruck jener Grundgleichung der Kräfte, die auf der Krim geschaffen wurde. Da diese aber wider die Natur gewesen ist und dem Gesetz des europäischen Lebens widersprach, geriet die im Frühjahr 1945 aufgestellte Ordnung in eine Krise. Darüber hinaus hat die Zeit ihrer Existenz kriegerische Spannungen hervorgerufen, die nur darum zu keinen Kampfhandlungen im klassischen Sinne geführt haben, weil das Auftauchen der Massenzerstörungswaffen die Großmächte daran gehindert hat, ihre Differenzen mit militärischen Mitteln auszutragen. Dafür allerdings ist der politische, wirtschaftliche, revolutionär konspirative und propagandistische Krieg nicht minder zerstörend gewesen.

Die Krise, deren Herannahen nicht mehr übersehen werden kann, wird auch darin eine eigene Form haben, daß sie wahrscheinlich als Verhandlung der Weltmächte mit unbeschränktem Einsatz auftreten wird. Die Sowjetunion ist infolge ihres übermäßigen Sieges im Jahre 1945 in eine gefährliche Lage gekommen, aus der sie hofft, sich dank eines neuen Jalta retten zu können. Wenn man die Politik des Kreml verfolgt, ist es klar und auch logisch, daß dieser versucht, den Kalten Krieg mit einem Vergleich abzuschließen, der ihm direkt oder indirekt die Gewinne des Jahres 1945 sichert und gleichzeitig jene Rückendeckung gibt, die er unbedingt braucht, um dem drohenden Sturm aus dem Osten begegnen zu können. Das neue politische Jalta, das heute gesucht wird, kann allerdings nur dann erreicht werden, wenn der Abschluß, wie seinerzeit, in einem zweiseitigen Gespräch mit den Vereinigten Staaten erfolgt, ohne daß Europa seine Belange vertreten kann.

Man müßte blind sein, um die herannahende Entwicklung nicht zu sehen. Es gibt aber leider noch immer Personen, die nicht erkennen, daß heute das Einigende zwischen Moskau und Washington — viel weniger umgekehrt — schon stärker ist als das Trennende. Wenn der Kreml auch weiterhin eine scharfe Sprache führt, so wird der Wissende darin bloß den weltweiten Unterschied sehen, der heute im Osten zwischen dem Wort und der Tat besteht. Lautstark werden die Vereinigten Staaten noch immer verurteilt; sobald es sich aber um wesentliche internationale Konferenzen handelt, ist die Einstellung Rußlands die eines Sekundanten, nicht diejenige eines Widersachers. Immer klarer sichtbar befindet sich die Bruchlinie der Welt nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Nord und Süd.

Die historische Bedeutung des kommenden Dialogs kann nicht überschätzt werden. Was hier beschlossen und festgelegt wird, mag die Form der Welt für die kommende Generation sein. Ersteht hier eine neue Jaltaordnung, wird Europa übergangen und werden seine Belange in seiner Abwesenheit geregelt, so droht der Menschheit eine Katastrophe. Die Frage aber, ob Europa an

diesen Verhandlungen teilnimmt, hängt ausschließlich von uns selbst, nicht aber von Rußland und Amerika ab.

Weltpolitik ist ein grausames, hartes Spiel. Wenn es sich um wesentliche Entscheidungen handelt, gelten die schönsten Versprechungen, Beteuerungen, ja sogar Bündnisse nicht mehr. In der letzten Viertelstunde sprechen bloß Macht und Interesse. Dort, wo die Welt geformt wird, ist in der Regel nur derjenige anwesend, der genügend stark ist, daß man ihn einfach nicht übergehen kann, beziehungsweise so stark, daß man nicht fähig ist, ohne seine Zustimmung abzuschließen. Heute ist unser aufgesplittertes Europa nicht mächtig genug, seine Teilnahme an Verhandlungen über die Zukunft der Welt zu erzwingen. Weder Frankreich noch Deutschland, noch Großbritannien haben die nötigen Mittel, sich Gehör zu verschaffen, wenn das Schicksal der Menschheit auf dem Spiel steht. Dazu wäre nur ein einziges Europa fähig. Solange dieses nicht besteht, werden wir nicht gehört werden.

Die Entwicklung, die mit Königgrätz begann, hat gezeigt, was der Verlust der Mitte für die Menschheit bedeutet. Weltweit gesehen ist heute Europa die Mitte zwischen den beiden Weltmächten. Vom Nordpol her — die einzige Perspektive, die sich im Zeitalter der Flugzeuge und Raketen rechtfertigt — erscheint Europa wie das Bindeglied zwischen den beiden gewaltigen Flügeln: Vereinigte Staaten und Sowjetunion. Das ist nicht nur strategisch-geographisch so. Man darf nicht vergessen, daß Rußland wie Amerika Schöpfungen Europas sind. Das entscheidende Problem, das sich uns stellt, ist, ob dieses Europa als unabhängiges, also ausgleichendes Zentrum bestehen bleibt, oder ob ein zweiseitiges Abkommen der Weltmächte diese Mitte geistig und machtpolitisch kolonisiert und damit jene bipolare Weltordnung schafft, die über kurz oder lang zwangsläufig zu einem neuen blutigen Bürgerkrieg der weißen Rasse führen muß.

Wie bereits gesagt, das letzte Wort in dieser Frage liegt heute ausschließlich bei uns. Ob und wie es ausgesprochen wird, hängt von dem Ausgang des Kampfes zwischen einer großen und einer kleinen Lösung ab. Letztere bedeutet das Ausscheiden des Erdteiles aus den weltweiten Entscheidungen. Eine großeuropäische Lösung andererseits gibt uns Einflußnahme dort, wo es wirklich zählt, und damit die Auferstehung jener Mitte, die allein einen dauerhaften Frieden sichern kann. Die Verantwortung für die Zukunft der Menschheit können wir weder auf die Russen noch auf die Amerikaner abwälzen. So paradox es dem oberflächlichen Beobachter klingen mag, stellt sich uns heute wieder einmal jene Schicksalsfrage, die schon über dem Schlachtfeld von Königgrätz schwebte. An uns ist es, darauf Antwort zu geben und damit zu entscheiden, ob Europa eine Großmacht oder ein Schlachtfeld von morgen sein wird.

Die Schicksalsfrage, die an unseren Erdteil herantritt, muß vor allem unsere Heimatvertriebenen bewegen, insbesondere die Sudetendeutschen. Auf ihrem Boden tobte vor hundert Jahren die Schlacht, ihre Söhne haben mit beispielloser Tapferkeit für die österreichische Lösung gekämpft. Sie haben die Heimat als späte Folge des verlorenen Feldzuges eingebüßt. Sie haben

unter schwersten Opfern mit beispielgebender Energie und Arbeitskraft auf den Trümmern einer apokalyptischen Katastrophe eine neue Existenz aufgebaut und es Deutschland ermöglicht, nicht nur die Ruinen wegzuräumen, sondern der Menschheit ein einmaliges Beispiel unzerstörbaren Lebenswillens zu geben. Die Sudetendeutschen wissen daher, was der Verlust der Mitte bedeutet. Sie verstehen aber auch darüber hinaus, daß das Recht auf Heimat nur dann durchgesetzt werden kann, wenn die europäische Ordnung nicht mehr auf Nationalismus begründet ist, sondern auf einem größeren übernationalen Begriff. Hätte Königgrätz zur Niederlage des kleindeutschen Nationalismus geführt, wäre die verhängnisvolle Ereignisfolge nicht eingetreten, die zwangsläufig zur Austreibung geführt hat. Das Recht auf Heimat als gemeinsamer europäischer Grundsatz hängt im wesentlichen von einer Neuordnung ab, die allen gleiche Rechte und gleiche Pflichten sichert. Denn der Begriff Europa, richtig verstanden, schließt den Nationalismus, die Herrschaft eines Volkes über die anderen aus, ohne dafür die echte Heimatliebe, den Patriotismus, zu beeinträchtigen. Nur so wird es möglich sein, eine Lösung zu finden, die dem Naturrecht entspricht, die allen gleichermaßen annehmbar ist, die die Spannungen, die das letzte Jahrhundert geschaffen hat, schrittweise abbaut, weil sie unter dem Zeichen einer größeren Gemeinsamkeit steht.

In diesem Sinne ist den Heimatvertriebenen heute eine gewaltige Aufgabe gestellt. Mehr denn alle anderen sind sie berufen, führend für die Einigung des Erdteiles zu wirken. Es war ein erhebender Augenblick, als gestern die Sudetendeutsche Landsmannschaft einem der großen Söhne der engeren Heimat, Richard Coudenhove-Kalergi, den Karlspreis überreichte. Das Sudetendeutschtum hat sich damit zu jenem paneuropäischen Gedanken bekannt, der bei uns seinen Ausgang genommen hat und schon vor vierzig Jahren auf den einzigen Weg zur Rettung der alten Welt hingewiesen hat. Dieser Entschluß der legitimen Vertreter des Volkes, gerade da wir die hundertste Jahreswende eines der großen Schicksalstage der europäischen Geschichte begehen, hat gewaltige Bedeutung. Es ist auch nicht von ungefähr, daß Coudenhove in der Rede, mit der er den Karlspreis annahm, zum Kampf gegen Jalta aufrief. Es handelt sich hier um eine Aufgabe, die uns gestellt ist, wenn wir einen wirklichen, echten Frieden für alle — Europa, Amerika, aber auch Rußland — haben wollen; wenn wir die verlorene Mitte erneut schaffen und das einige Europa erstellen wollen, das allein befähigt ist, seinen Völkern, wie auch in weiterer Zukunft der ganzen Welt, einen Frieden in Freiheit zu geben.

Als man am Tage nach Königgrätz dem päpstlichen Kardinalstaatssekretär Antonielli die Nachricht von der katastrophalen Niederlage der österreichischen Armee überbrachte, schlug er die Hände zusammen und rief entsetzt aus: „Casca il mondo!“ — Die Welt bricht zusammen! Sieht man in den Ereignissen des folgenden Jahrhunderts eine kausal zusammenhängende Folge, die von Königgrätz nach Sedan, von der Kaiserproklamation in der Spiegelgalerie zu Versailles zur Unterzeichnung des Friedens im Jahre 1919 am gleichen Orte führt, von Bismarcks Entlassung zum Ersten Weltkrieg,

von der Marneschlacht des Jahres 1914 zu der des Jahres 1918, von der Kaiserrede am 4. August 1914 zur Ausrufung der Republik am 9. November 1918, von Scheidemanns zu Hitlers Machtergreifung und von dieser zum Fall von Berlin und der Kapitulation von Reims, dann möchte man dem Kardinal recht geben: die Welt des alten Europa brach zusammen, als die Signalförner der kaiserlich-königlichen Armee am 3. Juli 1866 Retraite bliesen. Jetzt nach hundert Jahren ist es an der Zeit, die zerstörte Welt Europas wieder aufzubauen.